

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 25. März 1958

Blatt 524

Balneologen bei Bürgermeister Jonas

=====

25. März (RK) An der Justus Liebig-Universität, Gießen, finden alljährlich Fortbildungskurse in Bäder- und Klimaheilkunde statt, die sich in internationalen Ärztekreisen eines großen Ansehens erfreuen. Der diesjährige Lehrgang war mit einer ausgedehnten Studienreise nach Österreich verbunden. Die internationale Reisegesellschaft der Balneologen wurde gestern abend im Wiener Rathaus von Bürgermeister Jonas im Beisein von Vizebürgermeister Weinberger empfangen. Der Bürgermeister wünschte den 50 Fachärzten einen angenehmen Aufenthalt in der Bundeshauptstadt und ihrer bevorstehenden Studienreise durch die österreichischen Kur- bäder den besten Erfolg.

Im Namen der Gäste dankten Prof. Dr. Ott (Gießen) und Prof. Dr. Saito (Sapporo, Japan) für den freundlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Wechselseitiges Parkverbot bei Tag aufgehoben

=====

25. März (RK) Das wechselseitige Parkverbot in den hiefür bestimmten Bezirken und Bezirksteilen ist ab sofort bis auf weiteres nur mehr nachts von 22 bis 6 Uhr einzuhalten.

- - -

Tarifänderungen bei Straßenbahn und Gaswerk
=====

25. März (RK) Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger legte heute dem Wiener Stadtsenat die Anträge der Verkehrsbetriebe und der Gaswerke über Tarifänderungen vor. Der Stadtsenat genehmigte einstimmig die Anträge, über die der Wiener Gemeinderat am Freitag endgültig zu beschließen haben wird. Der neue Tarif wird auf der Straßenbahn und den innerstädtischen Autobuslinien mit 19. Mai wirksam werden, die neuen Gaspreise treten am 1. April in Kraft.

Straßenbahn ab 19. Mai 2.20 Schilling

In dem Motivenbericht der Verkehrsbetriebe zu der geplanten Tarifänderung heißt es unter anderem, daß ein von Jahr zu Jahr steigender Gebarungsabgang, der heuer voraussichtlich mehr als 275 Millionen Schilling betragen wird, es unmöglich macht, die notwendigen Instandhaltungen und Investitionen durchzuführen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt erforderlich sind. Aus diesen Gründen ist eine Umgestaltung der Tarife mit dem Ziel Mehreinnahmen zu erreichen, unvermeidbar. Die Mehreinnahmen sollen durch eine Erhöhung der Frequenz erzielt werden. Die Tarifumgestaltung wird jedoch nur einen Teil des Betriebsabganges decken, um die Bevölkerung nicht zu sehr zu belasten. Das noch verbleibende Defizit muß durch andere finanzielle Maßnahmen gedeckt werden.

Bei der Umgestaltung der Tarife für die Straßenbahn wurde auch den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen und statt des derzeit geltenden Einheitstarifes ein dreifach gestaffelter Tarif ausgearbeitet. Folgende Fahrpreise sind vorgesehen:

1 Schilling für eine Direktfahrt nur auf der Straßenbahn an Werktagen ab 8 Uhr bis Betriebsschluß innerhalb einer Kurzstrecke von ungefähr einem Kilometer Länge. Fahrscheine nur im Vorverkauf zu zehn Stück.

1.80 Schilling für eine Direktfahrt nur auf der Straßenbahn an Werktagen ab 8 Uhr bis Betriebsschluß innerhalb einer Teilstrecke von ungefähr zwei Kilometern. Die Zonengrenzen werden jeweils in

den Zügen ersichtlich sein.

2.20 Schilling (bisher 1.90 Schilling) kostet der Tagesfahrtschein, der auch im Vorverkauf zu zehn Stück erhältlich sein wird. Der Preis pro Fahrtschein beträgt dann nur 2 Schilling.

Nach dem Preis des Tagesfahrtscheins von 2.20 Schilling ergeben sich die Tarifansätze für alle übrigen Fahrtscheine. Die Wochenkarte für fünf Tage wird 11 Schilling kosten (bisher 9.50 Schilling), die 6-Tage-Wochenkarte 13.20 Schilling (bisher 11.40 Schilling). Die Monatsnetzkarte kostet 220 Schilling (bisher 190 Schilling). Die Benützungzeiten für sämtliche Wochenkarten wurden so wie dies bis 1943 war, wieder festgelegt. Die Hinfahrt muß bis 8 Uhr, die Rückfahrt zwischen 14 und 22 Uhr, an Samstagen zwischen 11 und 22 Uhr erfolgen. Die Gültigkeit der 5-Tage-Wochenkarte wird auf die Zeit von Montag bis Freitag begrenzt.

Unverändert bleibt der Preis des Kinderfahrtscheines mit 50 Groschen.

Neu ist die Einführung eines im Vorverkauf erhältlichen Hin- und Rückfahrtscheines zum Preis von 3.50 Schilling. Damit soll berufstätigen Personen, die die Wochenkarte nicht benützen können, weil sie innerhalb der Woche den Arbeitsplatz wechseln, die Möglichkeit gegeben werden, eine Begünstigung in Anspruch zu nehmen. Der neue Fahrtschein berechtigt wie bei der Wochenkarte zum Antritt der Hinfahrt an Werktagen bis 8 Uhr, die Rückfahrt muß zwischen 14 und 22 Uhr, an Samstagen zwischen 11 und 22 Uhr, erfolgen. Für die Schichtarbeiter wurde bei Wochenkarte und neuem Hin- und Rückfahrtschein die Regelung getroffen, daß die Hinfahrt zwischen 11 und 14 Uhr, die Rückfahrt zwischen 22 Uhr und Betriebs-schluß der Straßenbahn angetreten werden kann.

Die Autobustarife bleiben auf den peripheren Linien unverändert. Analog der Preisänderung bei der Straßenbahn ändern sich nur die Preise der Übergangsfahrtscheine, die künftig 3.20 Schilling, bzw. 3.60 Schilling kosten werden. Neu ist ein Übergangsfahrtschein zu fünf Teilstrecken auf dem Autobus, der 4 Schilling kosten wird. Außerdem werden noch Übergangswochenkarten geschaffen, die zu Fahrten auf drei, vier oder fünf Teilstrecken im Autobus oder zur Fahrt mit der Straßenbahn berechtigen.

Die Tarife der innerstädtischen Autobuslinien werden folgendermaßen neu geregelt: Der Fahrpreis innerhalb Ring und Kai von

1 Schilling bleibt unverändert. Auch eine Teilstrecke außerhalb Ring und Kai kostet wie bisher 1.50 Schilling. Zwei Teilstrecken werden in Zukunft 2 Schilling (bisher 1.50 Schilling), drei Teilstrecken 2.50 Schilling (bisher 2 Schilling), vier und mehr Teilstrecken 3 Schilling (bisher 2.50 Schilling) kosten. Der Preis des Übergangsfahrscheines wird mit 4 Schilling (bisher 3.50 Schilling) neu festgesetzt.

Heizwert des Stadtgases erhöht

Die Regulierung des Gastarifes - 94 Groschen statt gegenwärtig 87 Groschen - bedeutet keine Preiserhöhung, da der Heizwert des Gases von 4.210 auf 4.600 Kilogramm Kalorien erhöht wird, wodurch also, wie Reihenversuche an der Technischen Hochschule bewiesen haben, eine zum Teil sogar höhere Gasersparnis erzielt werden kann als die Erhöhung des Gaspreises ausmacht. Noch mehr: für einen Kubikmeter Haushaltsgas werden gegenwärtig 87 Groschen verrechnet, das heißt, 1.000 Kalorien kosten 20.7 Groschen. Bei dem neuen Heizwert von 4.600 Kalorien müßte das Gas eigentlich 95.2 Groschen kosten. Insgesamt tritt also trotz der notwendigen Erhöhung des Kubikmeterpreises eine Verbilligung der Wärmeenergie ein. Der Grund für die Aufwertung liegt darin, daß die Kapazität des Rohrnetzes dadurch um zehn Prozent vergrößert werden kann. Die bei dem derzeitigen Spitzenverbrauch nicht mehr ausreichenden Verteilungsanlagen werden so wieder allen Anforderungen gerecht. Kostspielige Rohrauswechslungen können unterbleiben und Neuanschlüsse durchgeführt werden, die man sonst hätte zurückstellen müssen.

- - -

Große Investitionen zum Nutzen der Wiener Wirtschaft
=====StR. Slavik beantragt 370 Millionen-Darlehen für die Stadtwerke

25. März (RK) Der städtische Finanzreferent Stadtrat Slavik legte in der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsonates vier Anträge an den Gemeinderat vor, deren Annahme den Wiener Stadtwerken die Durchführung dringender Investitionspläne ermöglicht und für die Wirtschaft der Bundeshauptstadt von größter Bedeutung sein wird.

Ein Antrag sieht vor, daß die Stadt Wien ein Darlehen von 250 Millionen Schilling aufnimmt. Der Magistrat überläßt das Darlehen den Stadtwerken für Ausgaben, die in den genehmigten Investitionsplänen vorgesehen sind und nach übereinstimmender Auffassung der Amtsführenden Stadträte für Finanzwesen und für die Städtischen Unternehmungen die Verzinsung und Tilgung des Darlehens gewährleisten. Für die Kosten, die der Stadtverwaltung aus dem Darlehen vor allem für Verzinsung und Tilgung erwachsen, müssen die Stadtwerke aufkommen. Die Laufzeit wird 25 bis 30 Jahre betragen.

Ein weiteres Darlehen von 120 Millionen Schilling ist für die Wiener Verkehrsbetriebe bestimmt. Es soll in den Jahren 1958 bis 1963 in sechs gleichen Raten von 20 Millionen gewährt werden. Die Laufzeit beträgt 20 Jahre. Die Rückzahlung soll in jährlichen Teilbeträgen erfolgen.

Der dritte von Stadtrat Slavik vorgelegte Antrag beinhaltet, daß die Verkehrsbetriebe für die von ihr benützten und in der Verwaltung der Stadt Wien stehenden Verkehrsflächen mit dem Stichtag vom 8. März des vorigen Jahres bis auf weiteres keine Gebrauchsgebühr zu entrichten haben.

Ein Antrag sieht außerdem vor, daß die Kosten der Fahrpreisbegünstigungen für Funktionäre der Stadt Wien, zu denen auch die Fürsorgeamtsvorstände und Fürsorgeräte gehören, in Hinkunft vom Magistrat getragen werden. Sie betragen jährlich etwa 7,5 Millionen Schilling.

Wie Stadtrat Slavik in der Begründung seiner Anträge ausführte, werden mit dieser Darlehensgewährung die Stadtwerke in die Lage versetzt, dringend notwendige Investitionen durchzuführen. Diese werden vor allem der Elektroindustrie, der Waggonbauindustrie sowie den

metallverarbeitenden Betrieben und allen ihren Nebengewerben zugute kommen. Gerade in der jetzigen Zeit scheint eine Verstärkung der öffentlichen Investitionstätigkeit von größter Wichtigkeit zu sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die stärkere Investitionstätigkeit der Wiener Stadtwerke eine Belebung der Wiener Wirtschaft erreicht wird. Darüber hinaus werden aber auch die Voraussetzungen geschaffen, um in Zukunft mehr als bisher die Bedürfnisse der Wiener Bevölkerung befriedigen zu können. Das trifft vor allem bei gewünschten Neuanschlüssen für Strom und Gas zu und wird sich auch in einer systematischen Verbesserung der Wiener Verkehrsmittel sowie des gesamten öffentlichen Verkehrs überhaupt auswirken. Die Umstellung von einigen Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb wird zum Beispiel erst durch diese Investitionstätigkeit ermöglicht werden.

- - -

Der 110.000. Besucher in der Van Gogh-Ausstellung
=====

25. März (RK) Stadtrat Mandl begrüßte heute kurz vor Mittag im Oberen Belvedere den 110.000. Besucher der Van Gogh-Ausstellung. Es war dies Frau Carla Warchalowsky aus Hietzing. Stadtrat Mandl überreichte ihr das große Van Gogh-Buch.

- - -

Personalmeldungen
=====

25. März (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute die Magistratsräte Dr. Roman Buba, Dr. Josef Iselstöger, Dr. Eduard Jäckel und Dr. Franz Oeller zu Obermagistratsräten ernannt.

- - -

Die Sanierung der Wiener Stadtwerke
=====

25. März (RK) Vor den Vertretern der Wiener und der internationalen Presse legten heute im Wiener Rathaus der Chef der Städtischen Unternehmungen, Stadtrat Dkfm. Nathschläger, und Finanzreferent Stadtrat Slavik die Ergebnisse der Parteienverhandlungen zur Sanierung der Wiener Stadtwerke dar. Die Tatsache, daß sich so viele Journalisten aus dem In- und Ausland eingefunden hatten, mag als Beweis dafür gelten, daß die Probleme der kommunalen Versorgungsbetriebe überall ähnlich sind.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger berichtete zunächst über die Entwicklung der Stadtwerke seit 1954. Der Gesamtaufwand ist in dieser Zeit um 674 Millionen Schilling gestiegen, davon allein bei den Verkehrsbetrieben um 264 Millionen. Die Erträge bei den Stadtwerken stiegen um 352 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben nur um 67 Millionen, der Abgang um 300 Millionen (allein bei den Verkehrsbetrieben um 174 Millionen) und der Personalaufwand um 284 Millionen (allein bei den Verkehrsbetrieben um 154 Millionen Schilling). In langwierigen Parteienverhandlungen wurden zunächst bis Jahresende folgende Maßnahmen beschlossen: Aufnahme eines 120 Millionen Schilling-Kredites in Jahresraten von 20 Millionen für die Verkehrsbetriebe, Teilung der Kosten für Straßen- und Brückenbauten sowie Schneesäuberung im Verhältnis 1 : 1, höherer Strom- und Gastarif für öffentliche Beleuchtung und Übernahme der Begünstigungen auf den Verkehrsbetrieben für Gemeindemandatare. In den Verhandlungen, die heuer seit Jahresbeginn durchgeführt wurden, hat man nun neue Maßnahmen beschlossen. In einer gemeinsamen Erklärung der Koalitionsparteien wird zum Ausdruck gebracht, daß die Versorgungsunternehmungen in die Lage versetzt werden müssen, den Anforderungen der Bevölkerung jeweils klaglos zu entsprechen. Größere Investitionen auf dem Gas- und Stromsektor sind erforderlich, und ferner ist dem Problem der Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrswesens künftighin das größtmögliche Augenmerk zuzuwenden. Dessen Umstellung muß systematisch und nach einem Generalverkehrsplan erfolgen. Bis zur Erstellung eines solchen sind wirksame Maßnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs zu

treffen. Dazu gehört vor allem die rasche Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusverkehr, wobei mit den Linien 57, 61 und 63 sowie 158 zu beginnen ist. Das in einer zweiten Ebene bereits bestehende Stadtbahnssystem ist mit der Schnellbahn der ÖBB in Verbindung zu bringen und nach Norden und Süden auszuweiten. Da mit den zur Verfügung stehenden Mitteln hierfür das Auslangen nicht gefunden werden kann, kommen die beiden Parteien überein, den Unternehmungen sowohl durch Tarifumgestaltungen und -regulierungen als auch - um die Belastung auf einen längeren Zeitraum zu verteilen - durch Kredite zusätzliche Einnahmen zuzuführen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger berichtete dann über die beabsichtigten Tarifmaßnahmen, die wir bereits in unserer ersten Ausgabe veröffentlichten. Ergänzend dazu bemerkte der Stadtrat, daß man sich von den Tarifregulierungen jährlich 75 Millionen Mehreinnahmen versprechen könne. Die Strompreisregelung werde zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Stadtrat Slavik wies darauf hin, daß sich die Entwicklung bei den Wiener Stadtwerken seit 1937 völlig verschieden vollzogen habe. Während sowohl E-Werk als auch Gaswerk heute rationeller arbeiten könnten als damals, sodaß nur der Ausbau des Verteilernetzes ein Problem darstelle, seien bei den Verkehrsbetrieben bei ständig sinkender Frequenz die Kosten für Personal und Material ständig gestiegen. Man habe sich daher zu Tarifregulierungen entschließen müssen. Die Wiener Bevölkerung möge jedoch bedenken, daß die Stadtwerke nicht "Nathschläger, Slavik & Co" gehören, sondern den Wienern, und wenn es ein Defizit gibt, muß es von der Bevölkerung getragen werden. Die Belastung wurde jedoch so gering wie möglich gehalten. Zur Sanierung der Stadtwerke habe man sich jedoch dazu entschlossen, einen Kredit von 250 Millionen Schilling für das laufende Jahr in Anspruch zu nehmen. Außerdem wird ein außerordentlicher 5-Jahres-Investitionsplan aufgestellt werden, der den drei großen kommunalen Versorgungsunternehmungen jährlich 250 Millionen Schilling, das sind insgesamt 1.250 Millionen, zuführen wird. Damit soll das Investitionsvolumen

erhöht werden.

Abschließend wies Stadtrat Dkfm. Nathschläger darauf hin, daß die beabsichtigten Tarifregulierungen keine Beeinträchtigung der Stabilität, des Wirtschaftsablaufes und der Währung darstellen. Das bisherige Ergebnis bezeichnete der Stadtrat als einen schönen Erfolg sachlicher Koalitionsarbeit. Mit kleinsten Opfern der Bevölkerung rücken große Lösungen in den Bereich ihrer Verwirklichung.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 25. März

=====

Unverkauft vom Vormarkt keine. Neuzufuhren und Gesamtauftrieb 9.885. Unverkauft keine.

Preise: Extremware 13.40 bis 13.80 S, 1. Qualität 12.70 bis 13.30 S, 2. Qualität 12.30 bis 12.70 S, 3. Qualität 11.80 bis 12.30 S, Zuchten 11 bis 12.50 S, Altschneider 10 bis 11. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine ermäßigte sich um 25 Groschen je Kilogramm und beträgt 12.70 S je Kilogramm.

- - -